V1 Islamismus und Extremismus konsequent bekämpfen

Antragsteller*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)
 Tagesordnungspunkt: OHNE Anträge ohne Tagesordnungspunkt
 Status: Zurückgezogen

1 Wir Grüne stellen lehnen jede Form von gewaltbereitem Extremismus ab. Das Ziel
 2 unserer Politik ist, ein Leben in Freiheit und Würde für alle zu ermöglichen.
 3 Die mutmaßlich islamistischen Terroranschläge der vergangenen Monate in Wien,
 4 Nizza, Conflans-Sainte-Honorine und Dresden zeigen erneut: Islamist*innen
 5 bekämpfen unsere liberale Gesellschaft und unsere freiheitlich-demokratische
 6 Grundordnung. Deshalb müssen wir uns jeglichen islamistischen und
 7 extremistischen Bestrebungen konsequent in den Weg stellen. Nach den Anschlägen
 8 von Wien, Nizza, Conflans-Sainte-Honorine und Dresden stehen wir Seite an Seite
 9 - Europa ist solidarisch im Kampf gegen Islamismus und Extremismus und für eine
 10 Meinungsfreiheit, die auch Kritik oder Spott an Religionen umfasst.

11 Die Religionspolitik in Deutschland muss sich an den religionsfreiheitlichen
 12 Leitplanken des Grundgesetzes mit Religionsfreiheit und weltanschaulich
 13 neutralem Staat, Förderung der religiösen Selbstbestimmung der
 14 Religionsgemeinschaften und Trennung von Staat und Religion orientieren und so
 15 Versuchen entgegenzutreten, über politische Instrumentalisierung Gesellschaft zu
 16 spalten und Menschen zu radikalieren.

17 In Baden-Württemberg haben wir die Sicherheitsbehörden mit drei gezielten
 18 Maßnahmenpaketen für die Terrorismusabwehr gestärkt. Aber die Gefahr islamistisch
 19 motivierter Terroranschläge bleibt hoch. Es gibt extremistische Zirkel, die vor
 20 allem aufgrund ihrer Sympathien für islamistischen Gewalttaten einen Schwerpunkt
 21 in der Beobachtungstätigkeit des baden-württembergischen Verfassungsschutzes
 22 bilden. Der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg muss regelmäßig eine 2-
 23 stellige Zahl von Objekten und Vereinigungen beobachten. Derzeit ist von
 24 deutlich über tausend Anhängern salafistischer Bestrebungen im Land auszugehen,
 25 davon gelten nach Ansicht der Sicherheitsbehörden über 500 als gewaltbereite
 26 Jihadisten. Hinzu kommt eine zunehmende Anzahl von Personen, bei denen die reale
 27 Annahme besteht, dass sie eine schwere islamistisch motivierte Straftat begehen
 28 könnten (sogenannte Gefährder).

29 Gegenüber dieser Gefahr brauchen wir einen starken und handlungsfähigen
 30 Rechtsstaat. Das geht nur gemeinsam mit den Muslimen, nicht gegen sie. Wir als
 31 Grüne stellen uns konsequent gegen Islamfeindlichkeit und gegen
 32 gesellschaftliche Polarisierung. Anstatt eine Religion an sich zu
 33 stigmatisieren, wollen wir ein breitgefächertes und zielgerichtetes
 34 Maßnahmenpaket aus Bildung, Prävention und juristischer Härte. Dabei sind alle
 35 Instrumente kontinuierlich auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und
 36 Wirksamkeit zu überprüfen.

37 Ermittlungsarbeit und Sicherheitsbehörden stärken

38 Wir Grüne haben mit den von uns geführten Landesregierungen seit 2011 für eine
 39 Steigerung der Sicherheit in unserem Land gesorgt. Ganz entscheidend sind dabei
 40 wirksame Instrumente für die Sicherheitsbehörden und Ausstiegsberatungen. Diese
 41 reichen von der Früherkennung jihadistischer Gewalttäter über die rechtlichen

42 und tatsächlichen Voraussetzungen einer intensiven Gefährderüberwachung bis hin
43 zu Deradikalisierungsmaßnahmen.

44 Im Jahr 2016 wurde beim Landeskriminalamt eine Stelle zur Früherkennung
45 jihadistischer Gewalttäter eingerichtet. Ermittlungen gegen Islamisten werden in
46 engem Verbund zwischen dem LKA und den regionalen Polizeipräsidien geführt. Ein
47 intensiver behördenübergreifender Informationsaustausch auf Landes- und
48 Bundesebene, insbesondere im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin (GTAZ),
49 gilt es zu verstetigen und personell zu stärken. Dabei gilt es, den bundesweiten
50 Informationsaustausch zu Gefährdern weiter zu verbessern, damit auch einfache
51 Delikte der Allgemeinkriminalität von Gefährdern bundesweit abrufbar sind.

52 Die Bekanntheit des webbasierten anonymen Hinweisgebersystems Business Keeper
53 Monitoring System (BKMS) gilt es zu steigern. Über dieses können Bürger*innen
54 rund um die Uhr und unter dem Schutz der Anonymität Hinweise zu Personen und
55 Straftaten für den Bereich des Islamistischen Extremismus/Terrorismus mitteilen.

56 Es gilt, die Sicherheitsbehörden weiter personell zu stärken, weshalb wir
57 bereits 2016 die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte der baden-
58 württembergischen Landespolizei gestartet haben.

59 Gefährder müssen konsequent überwacht werden. Dafür braucht es mehr finanzielle
60 und personelle Ressourcen. Zur Rückführung Nicht-deutsche Staatsbürger*innen –
61 sofern rechtsstaatlich möglich und faktisch durchführbar – braucht es
62 Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern. Es braucht außerdem einen Fokus auf
63 Waffenhandel im Internet - Gefährder dürfen nicht an Waffen gelangen.

64 Gegen extremistische Organisationen vorgehen: Auch gegen nichtislamistische
65 extremistische Organisationen mit Verbindungen ins Ausland müssen wir konsequent
66 vorgehen. Hierzu sind insbesondere auch die Grauen Wölfe („Ülkücü-Bewegung“) zu
67 zählen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die Grauen Wölfe als
68 rechtsextremistische Ausländerorganisation ein, die "auf einer nationalistischen
69 und rassistischen rechtsextremistischen Ideologie" fußt. In den 1970-er Jahren
70 ermordeten die Grauen Wölfe hunderte Andersdenkenden in der Türkei, insbesondere
71 ethnische Minderheiten und politisch Linke. Auch in Deutschland, Frankreich und
72 anderen Ländern verbreiteten die Grauen Wölfe in den vergangenen Jahrzehnten
73 rassistisches, antisemitisches und anderes menschenverachtendes Gedankengut und
74 verübten rechtsextreme Terroranschläge und Morde. Daher setzen wir uns im Bund
75 für eine stärkere Beobachtung und eine Prüfung des Verbots der Grauen Wölfe ein.

76 In Baden-Württemberg hat allein der größte den Grauen Wölfen zuzurechnende
77 Verein, die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in
78 Deutschland e. V. (ADÜTDF), rund 2.200 Mitglieder in ca. 45 Ortsvereinen.
79 Daneben unterhält die ATIB mehrere Moscheen. Über ihre sehr aktive Jugend- und
80 Kulturarbeit rekrutieren die Grauen Wölfe Anhänger, insbesondere im Großraum
81 Stuttgart. Auch in Baden-Württemberg sollten wir daher konsequenter gegen die
82 Grauen Wölfe vorgehen. Bei nachweislichen Bestrebungen gegen die freiheitlich-
83 demokratische Grundordnung sind Vereine und Verbände, islamistisch oder
84 nichtislamistisch, konsequent zu verbieten. Außerdem wollen wir ausländische
85 Geldflüsse stärker kontrollieren und langfristig unterbinden.

86 Präventionsprogramme ausbauen

87 Unser Ziel ist, Gewalt zu verhindern, bevor sie passiert. Radikalisierung
88 insbesondere junger Menschen muss möglichst früh bekämpft werden. Deshalb muss

89 die Präventionsarbeit weiter verstärkt werden. Wir müssen alles dafür tun, damit
90 Menschen nicht in Extremismus, Gewalt und Hass abgleiten. Dafür ist ein
91 bundesweites Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk nötig, das die Arbeit
92 von Bund, Ländern und Kommunen sowie Zivilgesellschaft vernetzt und auch
93 Präventionsmaßnahmen mit Moscheevereinen und muslimischen Gemeinden und
94 Initiativen einschließt.

95 In Baden-Württemberg ist das Kompetenzzentrum gegen Extremismus (KONEX) eine
96 zentrale Anlaufstelle. Die Arbeit des KONEX wollen wir weiter unterstützen. Zur
97 Eindämmung des Islamismus begrüßen wir es, wenn das KONEX in engem Kontakt mit
98 Moscheen-Verbänden und muslimisch geprägten Vereinen steht. Insbesondere die
99 Online-Tätigkeit sollte ausgebaut werden, um die Propaganda von jihadistisch-
100 islamistisch geprägten Bewegungen zu bekämpfen. Gleichzeitig sollen offline
101 niedrigschwellige sozialarbeiterische Betreuungsangebote ausgebaut werden. Hier
102 möchten wir v.a. die Einstellung von Islamwissenschaftler*innen und Islamischen
103 Theolog*innen fördern. Präventionsangebote sind auszubauen und zielgerichtete
104 auf junge Menschen zuzuschneiden: insbesondere das Präventionsprojekt ACHTUNG?!
105 an Schulen. Eine Werbekampagne zur Ausstiegsberatung ist aufzusetzen. Darüber
106 hinaus soll das, dem KONEX angehörende, Landesbildungszentrum Deradikalisierung
107 verstärkt Fortbildungen für Lehrer*innen gestalten.

108 Das Programm „Polizei und Muslime“, welches auf muslimisch geprägte
109 Organisationen zugeht mit dem Ziel der interkulturellen Öffnung der Polizei, der
110 Kontaktförderung muslimischer Communities mit der Polizei und der Integration
111 dieser Vereinigungen in bestehende Netzwerke der Kommunalen Kriminalprävention
112 gilt es sowohl personell als auch finanziell zu stärken.

113 Gefängnisse sind oftmals Brutstätten für Radikalisierung, daher müssen wir hier
114 die Deradikalisierungsarbeit dringend verstärken.

115 Integration fördern

116 Wir wollen die Identifikation von Muslim*innen mit den Werten einer freien,
117 toleranten und vielfältigen Gesellschaft stärken. Schlüsselfiguren bei der
118 Integration von Muslim*innen sind Imame, aber auch Lehrer*innen für den
119 islamischen Religionsunterricht. Hierfür ist ein Studium der islamischen
120 Theologie Voraussetzung, welches in Baden-Württemberg die Universität Tübingen
121 anbietet. Es ist im Sinne einer vernünftigen Integrationspolitik, dass
122 islamische Religion an Schulen grundgesetzkonform vermittelt wird – und auch
123 Islamismus thematisiert. Die Ausbildung von Lehrer*innen für den islamischen
124 Religionsunterricht soll in diesem Sinne weiter gefördert werden. Dabei muss der
125 Einfluss aus dem Ausland politisch gesteuerter Vereine sukzessiv zugunsten in
126 Deutschland selbstbestimmter organisierter islamischer Religionsgemeinschaften
127 zurückgedrängt werden.

128 Die meisten Imame in Deutschland sind aus dem Ausland entsandte Geistliche. Ihre
129 Loyalität gehört oftmals ausländischen staatlichen Stellen, die zumeist auch
130 arbeitsrechtlich ihre Arbeitgeber sind und nicht etwa eine juristische Person in
131 Deutschland. Das steht in einem Spannungsverhältnis zum Schutz des religiösen
132 Selbstbestimmungsrechtes von Religionsgemeinschaften im Grundgesetz.

133 Wer in Deutschland als Imam predigen will, sollte in Deutschland eine
134 vergleichbare Ausbildung durchlaufen wie bei den Geistlichen der beiden großen
135 Kirchen oder der jüdischen Gemeinschaft. Das wollen wir fördern. Das beinhaltet
136 ein abgeschlossenes Studium der islamischen Theologie sowie eine darauf

137 aufbauende Ausbildung als Geistlicher. Wir wollen eine von Staaten wie der
138 Türkei unabhängige Ausbildung von Imamen auf deutscher Sprache und auf dem Boden
139 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unter diesen Rahmenbedingungen
140 setzen wir uns für eine staatliche Förderung ein, denn sie dient dem Kampf gegen
141 Islamismus und verringert den ausländischen Einfluss in deutschen
142 Moscheegemeinden.

143 Wir wollen den Dialog mit Moscheen stärken und Integrationsbemühungen mehr
144 unterstützen. Die Förderung hat auch das Ziel, den Einfluss islamitischer
145 Strukturen aus anderen Ländern auf hiesige Moschee-Gemeinden zu verringern. Die
146 Förderung von Vereinen, die Integration behindern, ist zu überprüfen und bei
147 Bedarf zu stoppen.

148 Islamismus und Extremismus lokal, national und europäisch bekämpfen

149 Um Islamismus und Extremismus erfolgreich zu bekämpfen, müssen wir die
150 Koordination und den Informationsaustausch zwischen den Bundesländern, zwischen
151 Ländern und Bund und zwischen den EU-Mitgliedsländern verbessern. Diese
152 Zusammenarbeit muss insbesondere auf eine verbesserte Gefährder-Überwachung
153 zielen.

154 Extremist*innen und Terrorist*innen agieren in vielen Fällen über Grenzen
155 hinweg. Auf europäischer Ebene braucht es deshalb eine gemeinsame Definition des
156 Gefährder-Begriffs, um eine engmaschige Kooperation der Mitgliedsländer zu
157 ermöglichen. Es braucht ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen
158 Ermittlungsteams und eine Stärkung des Europäischen Polizeiamts (Europol) und
159 der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO).

Unterstützer*innen

Cem Özdemir (KV Stuttgart); Hans-Ulrich Sckerl (KV Neckar-Bergstraße); Ina Schultz (KV Sigmaringen);
Thomas Zawalski (KV Ortenau); Konrad Walter (KV Stuttgart); Lukas Weber (KV Heidelberg); Sebastian
Schäfer (KV Esslingen); Alexandra Alth (KV Alb-Donau); Lysander-Noel Liermann (KV Ludwigsburg);
Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Julian Dietzschold (KV Heidelberg); David Vaulont (KV Freiburg);
Uwe Janssen (KV Esslingen); Chantal Kopf (KV Freiburg); Wolfgang Dürrenberger (KV Biberach)